



bülowexpress



Liebe Genossinnen und Genossen,

es hat viel Unruhe in den letzten Wochen und Monaten gegeben. Aus einem großen Erfolg der SPD ist ein gnadenloser Verriss geworden. Die Fehler sind teilweise bei uns selbst zu suchen, dennoch ist es unerträglich wie neoliberale Kräfte in diesem Land zu einem regelrechten Feldzug gegen die Sozialdemokratie ansetzen. Dies dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Dazu müssen wir aber zusammenstehen und dort anknüpfen, wo wir nach dem Parteitag und im hessischen Wahlkampf wieder auf die Erfolgspur gekommen sind. Wir brauchen ein klares Profil und eine harte Kante gegen die gescheiterte neoliberale und konservative Politik von Westerwelle, Koch, Schäuble und Konsorten. Auf der anderen Seite müssen wir uns von den „Blütenträumen“ und falschen Versprechen der LINKEN abgrenzen. Eine Verteufelung - vor allem der Wählerinnen und Wähler - der LINKEN wird uns dabei aber sicher nicht weiterhelfen.

Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass man das Land reformieren und dabei die soziale Balance wahren kann. Über „Fördern und Fordern“ wurde viel diskutiert. „Fordern“ ist an einigen Stellen notwendig, aber wir werden dies nur vertreten können, wenn wir die Politik des „Förderns“ dabei nicht vernachlässigen. Wachstum muss nachhaltig sein und bei allen Menschen ankommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass von den Gewinnen hauptsächlich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert und die Zukunftschancen der Kinder zunehmend vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Eine starke Sozialdemokratie wird gebraucht. Um dies zu erreichen, müssen wir von der Parteiführung mehr Disziplin einfordern. Wir müssen uns aber auch vor Ort gegen die Attacken zu Wehr setzen. Ich habe bei meinen Besuchen in den Ortsvereinen und Stadtbezirken viel verständlichen Frust wahrgenommen. Lasst uns jetzt anfangen diesen Unmut nun in konstruktive Kritik und Energie umzuwandeln. Tragt eure Forderungen und Vorschläge aus den Ortsvereinen in den Unterbezirk und helft mit, dass die Dortmunder SPD in Land und Bund wieder deutlich hörbarer wird.

Euer Marco

Inhalte:	Seite:
<u>Titel</u>	1
<u>Dortmund</u>	2-4
<u>Fraktion</u>	4-9
<ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn • Pflegereform • Arbeitslosengeld • Straßenbaubericht • Klimapaket • Gleichstellung • BAföG-Erhöhung • Fraktion A-Z 	
<u>Pressemitteilungen, Reden</u>	9
<u>Schwerpunkt Arbeit</u>	10-12
<ul style="list-style-type: none"> • Gastbeitrag Eberhard Weber • Gastbeitrag Olaf Scholz • Thema Leiharbeit 	
• <u>Bülow unterwegs</u>	12-13
<u>Artikel von Marco Bülow:</u> Klima und soziale Gerechtigkeit	14



D o r t m u n d

Einige Termine von Januar und Februar:

Dies ist nur eine kleine Auswahl von Terminen im Wahlkreis. (Termine in Stadtbezirken, Ortsvereinen, Verbänden sind in der Regel nicht aufgelistet).

27. Januar „Unsere Erde“, so lautet der Titel des Films, zudem ich im Rahmen einer Bildungsmatinee des Umweltministerium ins Dortmunder Kino Cinestar eingeladen hatte. Etwa 130 Personen ließen sich von diesem Film begeistern. Im Anschluss stellte ich mich den Diskussionen und Fragen der Zuschauer.
31. Januar Bewerberauswahl innerhalb des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms für einen einjährigen Studienaufenthalt von Schülern in den USA.
25. Februar „Fraktion vor Ort“ Veranstaltung zum Thema Pflegeversicherung, veranstaltet von Ulla Burhardt und mir. Als kompetente Referentin konnten wir die Bundesministerin Ulla Schmidt gewinnen.
26. Februar Referat über den Klimawandel auf einer gemeinsame Veranstaltung der Dortmunder Jusos und dem Falken-Unterbezirk.
27. Februar Jurysitzung zur Auswahl eines Plakats für die Gedenkveranstaltung am 30. Mai zur Bücherverbrennung vor 75 Jahren in Dortmund.

> Hierzu ein Veranstaltungshinweis:

Zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung am **30. Mai 2008** in Dortmund veranstalte ich zusammen mit Erich G. Fritz und der Stadt- und Landesbibliothek eine **Gedenkveranstaltung. Im Studio B der Bibliothek.** An diesem Abend werden verschiedene Prominente Lesungen durchführen. Ihr werdet dazu noch gesondert eingeladen.

D o r t m u n d

Dortmund - Stadt der Guten Arbeit für alle

„Gute Arbeit für alle“, so lautet der Tenor des auf dem Unterbezirksparteitag am 16. Februar verabschiedeten Antrags. Innerhalb des Arbeitskreises Zukunft der Arbeit, den ich mit Andreas Bach zusammen leite, haben wir die Diskussion um die gute Arbeit aufgegriffen und den entsprechenden Antrag dazu verfasst.

Der Arbeitskreis wird diese Debatte nun weiter verfolgen und weitere Aspekte dieses Themas intensiver diskutieren.

Ebenso wurde der Unterbezirksvorstand aufgefordert sich mit dem Thema Leiharbeit eindringlicher auseinanderzusetzen. Auch hier wird sich der Arbeitskreis zur Zukunft der Arbeit in die Diskussion mit einbringen. Beide Anträge sind bei mir im Bürgerbüro erhältlich.

Reader zur Guten Arbeit

Im Laufe der Diskussion über das Zukunftsthema Gute Arbeit sind verschiedene Materialien bei mir zusammenkommen. Eine Auswahl davon stelle ich allen Interessierten in einem kleinen Reader zu diesem Thema zur Verfügung.

Wettbewerb an Schulen gestartet

Unter dem Stichwort „Unsere Erde“ können Dortmunder Schülerinnen und Schüler einen Text jeglicher literarischer Gattung verfassen, in dem sie ihre Erfahrung mit der Natur oder deren Schönheit und Einzigartigkeit schildern. Die ersten vier Teilnehmer erhalten Kinokarten für den Film „Unsere Erde“. Unter den übrigen Autoren werden drei Naturbücher verlost. Die besten Texte werden vor der Weltkonferenz (Anfang Mai) auf meiner Internetseite veröffentlicht. Einsendeschluss ist der 15. April 2008.

Termine

Die Stadtbezirke Huckarde und Mengede reisten auf Einladung von mir vom 2. April bis 4. April nach Berlin, um vor Ort sich das politische Berlin näher anzuschauen.

Der Arbeitskreis Zukunft der Arbeit trifft sich am 15. April um 18 Uhr in der AWO Klosterstraße. Das Thema wird der DGB Index zur Guten Arbeit sein.



R e g i o n a l b a h n h ö f e
B s p . : D o r s t f e l d

Es ist ein bleibendes Ärgernis, dass der Zustand vieler Regionalbahnhöfe zu Wünschen übrig lässt. Es ist schon sehr ärgerlich, dass in Vorzeigeprojekte wie den Hauptbahnhöfen in Berlin und Stuttgart viel Geld fließt, dafür aber andere renovierungsbedürftige Bahnhöfe leer ausgehen. In Dortmund gibt es dafür gleich mehrere Beispiele. Eines davon ist Dorstfeld.

Hierzu die Erklärung von mir vom 3. März 2008. Diese habe ich auch den Verantwortlichen in den Ministerien und dem Chef der Deutschen Bahn mitgeteilt:

„Der Dortmunder S-Bahnhof Dorstfeld ist in einem mehr als maroden Zustand. Die Deutsche Bahn AG nimmt, trotz der Aufforderung vieler Bürgerinnen und Bürger, keine Reparaturen in Angriff. Zumindest nicht die, die am dringlichsten wären.

Um den Zustand des Dorstfelder Bahnhofs zu verbessern, habe ich mich mit SPD-Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und dem SPD-Staatssekretär Grossmann in Verbindung gesetzt und nun auch eine Antwort erhalten. Das Ministerium bedauert den Zustand des Bahnhofs Dorstfeld. Das Bundesverkehrsministerium hat mir versprochen - unabhängig der Finanzierungsverantwortung - das Gespräch mit der Bahn AG zu suchen, um die berechtigte Kritik der Bürgerinnen und Bürger in Dortmund aufzunehmen und - wenn möglich - den Zustand wieder zu verbessern.

Die Instandhaltung der Bahnhofsanlagen (betriebsfähiger Erhalt der bestehenden Anlagen) zählt nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz zu den Aufgaben der DB Station&Service AG. Der Bund finanziert nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz die Ersatzinvestitionen, das heißt die Neubeschaffung verbrauchter Anlagen nach Ablauf der Nutzungsdauer.

Ich habe ebenfalls dem Bahnchef Herrn Mehdorn die Situation in Dorstfeld geschildert. Herr Mehdorn, der Bahnchef, hat mir in seiner Antwort verdeutlicht, dass der Bahnhof Dortmund Dorstfeld kontinuierlich in Stand gehalten worden sei und in einem grundsätzlich verkehrssicheren Zustand sei. Da bleiben aber für mich Fragen offen. Der Bodenbelag der Station ist bereits vor Jahren entfernt worden, weil er nicht mehr rutschsicher war. Bis heute sind die Rückstände des Klebers vorhanden und es wurde kein neuer Bodenbelag verlegt. Es gibt

immer noch Stolperkanten an den Dehnfugen. An den Wänden bröckeln die Fliesen. Ich bin daher über diese Antwort sehr verwundert. Allerdings gibt mir Herr Mehdorn in dem Punkt recht, dass viele Dinge im Bahnhof Dorstfeld nicht so aussehen, wie man es sich wünschen würde, zum Beispiel der Fußgängersteg und die Fenster. So prüft die Bahn momentan, ob der Bodenbelag unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit erneuert werden kann.

Um alle Hebel in Bewegung zu setzen, habe ich auch dem NRW-Verkehrsminister Herrn Wittke die Situation geschildert. Ich fände es gut, wenn auch die Landesebene - unabhängig von den Verantwortlichkeiten - die Menschen in Dortmund bei ihren Forderungen unterstützt. Bisher kam aber von dieser Stelle noch keine Antwort. Insgesamt reicht mir das alles nicht. Ich habe mir den Bahnhof selber angesehen und halte die Zustände dort für unzumutbar. Die Menschen brauchen einen sicheren Dorstfelder Bahnhof. Aussagen der Bahn bei der ersten Besichtigung mit der Bezirksvertretung, dass „für Schön kein Geld da ist“ finde ich unmöglich. In diesem Fall geht es nicht um Schönheit. Die Menschen in Dortmund brauchen für ihre täglichen Wege eine funktionierende und ungefährliche Infrastruktur.

Ich habe das Gefühl, dass die Deutsche Bahn AG nicht in der Lage ist, den Regionalverkehr in NRW vernünftig zu planen und dementsprechend Gelder für die Ausgestaltung und Renovierung der Bahnhöfe aufzubringen. Zwar werden Rolltreppen erneuert und der Brandschutz in den Stationen verbessert, aber für alle anderen notwendigen Investitionen bleibt am Ende kein Geld übrig. Umso ärgerlicher, wenn man sieht, wie andere Bahnhöfe in der Republik wie in Berlin oder in Stuttgart ausstaffiert werden, in Dortmund aber kein Geld da sein soll. Der Dorstfelder Bahnhof ist kein Einzelfall. Auch andere S-Bahnhöfe in Dortmund sind in einem desolaten Zustand, wie zum Beispiel in den Stadtteilen Mengede und Wischlingen. Ich kann gut verstehen, dass die Menschen vor Ort sehr verärgert darüber sind. Ich bin ein großer Fan des Bahnfahrens und würde es begrüßen, wenn mehr Menschen die Bahn nehmen und dafür das Auto mal stehen lassen. Doch dazu ist es immens wichtig, den Service stetig zu verbessern.

Ich bemühe mich, weitere Veränderungen zu erreichen und werde mich intensiv für den Dorstfelder Bahnhof einsetzen. Ich hoffe sehr, dass das Bundesverkehrsministerium etwas bewirken kann.“



D o r t m u n d

AK Klima und Energie beginnt seine Arbeit

Die Themen rund um Klimaschutz und Energie sind international zu den brisantesten und wichtigsten Bereichen der Politik geworden. Weltweit werden Klimawandel und Energieversorgung als die größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angesehen. Auch für eine Großstadt wie Dortmund stehen diese Themen in Zukunft auf der politischen Agenda.

Daher hat sich im letzten Jahr eine Gruppe von Interessierten getroffen, die engagiert zum Thema Energie und Klimaschutz arbeiten wollen. Nach dem Unterbezirksparteitag und der Klausurtagung des SPD-Unterbezirks hat der Vorstand diese Arbeitsgruppe als offiziellen Arbeitskreis des Unterbezirks eingerichtet.

Der AK wird sich darum bemühen, das Thema Energie und Klima innerhalb der Dortmunder SPD zu platzieren. Er versteht sich als sozialdemokratischer Knotenpunkt zwischen Verbänden und Organisationen, die sich beim Klimaschutz engagieren. Als erstes Projekt beschäftigt sich der Arbeitskreis mit dem bestehenden Dortmunder Energieversorgungskonzept und untersucht Möglichkeiten, die Stadt Dortmund klimagerechter und effizienter zu gestalten.

Wer sich in diesem Arbeitskreis engagieren und mitarbeiten möchte, der kann sich in meinem Bürgerbüro melden.

Bürgerbüro

Für alle Fragen und Anregungen steht euch wie gewohnt mein Bürgerbüro zu Verfügung:

Montags bis Freitags: 9 Uhr bis 13 Uhr

Montags und Donnerstag: 17 Uhr bis 19 Uhr

Große Heimstr. 72, 44137 Dortmund

Tel: (0231) 47 66 99-0, Fax: (0231) 47 66 99-1

E-Mail: marco.buelow@wk.bundestag.de

Homepage: www.marco-buelow.de

Mitarbeiter:

Frank Siekmann, Leiter Wahlkreisbüro

Philipp Hoicke, studentische Hilfskraft

Alexander Wuttke, studentische Hilfskraft

Impressum:

Marco Bülow, MdB, 110 11 Berlin

Berliner Büro, Tel: 030-227-73403, Fax: -76488

E-Mail: marco.buelow@bundestag.de

M i n d e s t l o h n

Der Bundesminister Olaf Scholz hat jetzt die Branchen vorgestellt, die einen Antrag zur Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) gestellt haben.

Es sind folgende Branchen und betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Arbeitnehmerüberlassung: rd. 630.000
- Pflegedienste (Altenpflege): rd. 565.000
- Wach- und Sicherheitsgewerbe: rd. 170.000
- textile Dienstleistungen im Objektkundenbereich: rd. 30.000
- Weiterbildung: rd. 23.000
- forstliche Dienstleistungen: rd. 10.000
- Bergbauspezialarbeiten: rd. 2.500

Summe: rd. 1,43 Millionen

Derzeit sind im Arbeitnehmerentsendegesetz folgende Branchen aufgenommen: Bauhauptgewerbe, Abbruchgewerbe, Maler- und Lackierhandwerk, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk, Gebäudereinigerhandwerk, Briefdienstleistungen. Dadurch sind derzeit ca. 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.

Das Gesetzgebungsverfahren wird nun zur Aufnahme dieser Branchen unverzüglich eingeleitet. Eine spätere Aufnahme von Branchen wird hierdurch nicht ausgeschlossen. Weitere Informationen zu dem Verfahren findet ihr auf der Homepage des Bundesministeriums für Arbeit (www.bmas.de). Der Rücklauf der Branchen ist nicht so hoch, wie es vielleicht einige erwartet haben. Wir müssen aber an dem Thema weiter dran bleiben. Viele Beschäftigte können ihr Leben nicht mehr mit einem Job finanzieren. Die SPD muss weiter Druck ausüben, um einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland durchzusetzen.



P f l e g e r e f o r m

Am 14. März 2008 hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege Weiterentwicklungsgesetz) beschlossen. Das Gesetz soll zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten.

Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, durch die Pflegereform die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Wir müssen die gesetzliche Pflegeversicherung jetzt zukunftsfähig machen, denn der Anteil der älteren Menschen wächst stetig. Es wird davon ausgegangen, dass 2030 etwa drei Millionen Menschen pflegebedürftig sein werden. Mit dem Gesetz soll unter anderem die aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert werden. Es folgen die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes:

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort sollen die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht werden.

Pflegestufe	Ambulante Sachleistung bisher in €	2008	2010	2012
Stufe I	348	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Außerdem soll das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben werden:

Pflegestufe	Pflegegeld bisher in €	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

P f l e g e r e f o r m

Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen dadurch einem schleichenden Wertverlust. Deshalb sollen sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft werden.

Zudem sollen künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige müssen von den Pflege- und Krankenkassen auf Antrag der Bundesländer eingerichtet werden. Den Ländern stehen 60 Millionen Euro (SPD wollte 80 Mio.) zur Verfügung. Damit können mindestens 1.200 Beratungsbüros neu entstehen.

Weitere Veränderungen in Kurzform:

- Weniger pflegebedürftige Menschen erhalten 100 Euro, pflegebedürftigere Menschen erhalten 200 Euro pro Monat (z.B. Demenz-, Alzheimerkranke oder geistig Behinderte)
- Verbesserung der Pflegequalität mit Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege
- Pflegenden Angehörigen sollen im Rahmen der so genannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden können. (SPD wollte für die kurzzeitige Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatzleistung über die Pflegekassen).
- Der Beitragssatz wird sich ab 1. Juni zum ersten Mal seit 1995 erhöhen: um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent für Versicherte mit Kindern und auf 2,2 Prozent für Kinderlose. Das soll dann bis 2014/2015 reichen.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb halten wir an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für uns als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege bestehen.



Arbeitslosengeld

Der Deutsche Bundestag hat Anfang des Jahres in 2./3. Lesung das Siebte Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (16/7460, 16/7866) verabschiedet. In diesem Gesetz ist neben der veränderten sog. 58er Regelung auch die Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes I (ALG I) für Ältere enthalten. Es tritt rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft.

Lebensleistung stärker honorieren

Die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer ist zwar von 37,7 Prozent (1998) auf deutlich über 50 Prozent (2007) gestiegen, dennoch ist es für viele Ältere nach wie vor schwierig, einen neuen Job zu finden. Deshalb wird die Dauer des Anspruchs auf ALG I für Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, stufenweise verlängert. Die Verlängerung erfolgt unter Berücksichtigung des Lebensalters und der zurückgelegten Versicherungszeiten in den letzten fünf Jahren vor Entstehung des Anspruchs. Über 50-Jährige bekommen rückwirkend zum 1. Januar diesen Jahres 15 Monate Arbeitslosengeld I, über 55-Jährige 18 Monate und ab 58 wird 24 Monate ALG I gezahlt. Entgegen den Vorschlägen von Rüttgers und anderen aus der Union geht die Verlängerung der Zahldauer von ALG I an Ältere, dank der SPD, nicht zu Lasten von Jüngeren oder Frauen.

Neue 58er-Regelung

Außerdem enthält das Gesetz die Änderungen zur 58er Regelung. Damit wird die Zwangsverrentung von ALG II-Empfängern ab 58 Jahren hinfällig. Für sie gilt nun, dass sie erst ab dem 63. Lebensjahr eine Altersrente mit Abschlägen in Anspruch zu nehmen haben. Für Arbeitssuchende, die schon heute die 58er Regelung nutzen, ändert sich nichts. Zudem werden Eingliederungsvereinbarungen zwischen den Arbeitsagenturen und den älteren Arbeitnehmern geschlossen.

Das Gesetz hätte bereits im Dezember beschlossen werden können. Die Union hat dies trotz zuvor getroffener Vereinbarungen auf Grund von Schwierigkeiten in den eigenen Reihen verhindert.

Straßenbaubericht

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung der Bundesregierung „Straßenbaubericht 2007“ (Drs. 16/7394) beraten. Neben der fortlaufenden Berichterstattung über die Straßenbauleistungen beinhaltet er die aktuellen Entwicklungen und Neuerungen bei den Rahmenbedingungen für den Fernstraßenbau.

Für das Berichtsjahr waren für den Bereich Bundesfernstraßen Ausgaben in Höhe von 5.783 Millionen Euro vorgesehen.

Fertig gestellt wurden Bundesautobahnen:

- 60 Kilometer Betriebsstrecken (Erweiterung auf sechs und mehr Fahrstreifen)
- 183 Kilometer Neubaustrecken

und Bundesstraßen:

- 44 Kilometer 4-streifig
- 111 Kilometer 2-streifig.

Ein Schwerpunkt lag beim Bau von Ortsumgehungen. Im Berichtsjahr wurden bundesweit 28 Verkehrseinheiten von Ortsumgehungen mit einer Länge von 110 km für den Verkehr freigegeben. Außerdem gibt es 360 km mehr Radwege, 72 km mehr Lärmschutzwände und 62 km mehr Lärmschutzwälle.

Wichtige Grundlage für die Straßenplanung ist die Verkehrsentwicklung auf den Bundesfernstraßen. Zum Ende des Berichtsjahres waren 55,5 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen. Die durchschnittliche Verkehrsstärke auf deutschen Autobahnen liegt bei 48.100 Kraftfahrzeugen pro Tag. Der Anteil von Bussen und Lkw liegt bei 15,2 Prozent. Für Bundesstraßen gilt ein Wert von 9.130 Kraftfahrzeugen pro Tag bei 8,5 Prozent Bussen und Lkw.



Klimapakete

Der Klimawandel hat bereits begonnen. Die Wissenschaft rät zu schnellem Handeln, um diesen Wandel wenigstens zu begrenzen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass wir unsere Energieversorgung auf eine weniger CO₂-intensive Grundlage umstellen. Es geht also um die effiziente und umweltfreundliche Produktion von Strom, von Wärme und um umweltfreundliche Kraftstoffe. Klimafreundlich ist z. B. die Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien oder eine effiziente Energienutzung. Dem Deutschen Bundestag liegen jetzt fünf Gesetzentwürfe vor, mit denen wir Klimaschutz effektiv umsetzen wollen. Das sind die ersten zentralen Bausteine für das Ziel, unseren nationalen Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken. Damit sind wir in Europa und unter den Industriestaaten Vorreiter.

Klimaschutz schafft Beschäftigung und macht unabhängig. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz bedeuten zusätzliche Beschäftigung in der Bauwirtschaft, dem Ausbaugewerbe, dem Handwerk und vor allem im Anlagenbau. Die Windkraftbranche exportiert mittlerweile rund 70 Prozent ihrer Produktion ins Ausland. Schon heute arbeiten etwa 240.000 Menschen in Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien. Zudem werden Erneuerbare Energien in der Regel „heimisch“ erzeugt. Zusammen mit einer höheren Energieeffizienz verringern wir damit Deutschlands Abhängigkeit von Energieimporten.

Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung

Mit der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) wollen wir den Anteil von Stromerzeugung bei gleichzeitiger Nutzung der verbleibenden Abwärme verdoppeln. Ziel ist ein Anteil von 25 Prozent an der Stromerzeugung im Jahr 2020. Die Abwärme aus der Stromproduktion lässt sich als Prozessdampf in der Industrie ebenso nutzen wie für den Bedarf an warmem Wasser in privaten Haushalten. Dazu fördern wir den Bau neuer und die Modernisierung bestehender KWK-Anlagen. Hinzu kommt eine Förderung bei Neu- und Ausbau von Wärmenetzen, soweit solche Netze mit Wärme aus KWK-Anlagen bespeist werden.

Klimapakete

Erneuerbare Energien bei Strom und Wärme

Die erneuerbaren Energien im Bereich Stromerzeugung fördern wir bereits seit 1999. Unser Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist international ein Vorbild für eine kosteneffiziente Förderung umweltfreundlicher Stromerzeugung. Inzwischen stammen über 14 Prozent unseres Strombedarfs aus diesem Segment. Zusammen mit den erneuerbaren Energien bei Wärme und Kraftstoffen sind im letzten Jahr dadurch rund 110 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen vermieden worden. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich auf 30 Prozent im Jahre 2020 erhöhen. Dazu regeln wir im EEG die Vergütungen für Strom aus Windenergie an Land und auf See („offshore“) ebenso neu wie die für Biomasse oder Geothermie. Mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) betreten wir jetzt Neuland. Bisher haben wir diesen Bereich durch Investitionszuschüsse gefördert. Das reicht jedoch nicht aus, um den Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung bis zum Jahr 2020 auf rund 14 Prozent deutlich zu steigern. Derzeit sind es rund sechs Prozent. Daher führt das Wärmegesetz Pflichten für die Nutzung erneuerbarer Energien im Neubau ein. Hinzu kommt ein Förderprogramm mit rund 350 Millionen Euro in 2008 und bis zu 500 Millionen im Jahr 2012. Damit wird die Umstellung auf erneuerbare Energien im Gebäudebestand unterstützt.

Auch bei den Biokraftstoffen und dem Messwesen (Förderung des „intelligenten Zählers“) sind Änderungen geplant. Durch den Gesetzentwurf soll z.B. der Anteil der Biokraftstoffe ausgebaut und ab dem Jahr 2015 stärker als bisher auf die Minderung von Treibhausgasemissionen ausgerichtet werden.

Wir haben uns mit alledem ein ambitioniertes Programm gesetzt. Wir setzen auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das sind Exporttechnologien mit denen wir Jobs in Deutschland schaffen. Außerdem sichern wir für die Zukunft vor: Eine Wirtschaft, die auf Effizienz und Erneuerbare Energien setzt, ist nicht so verwundbar, wenn der Ölpreis auf über 100 Dollar pro Barrel steigt.



Gleichstellung

Der Deutsche Bundestag hat den „**Ersten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Bundesgleichstellungsgesetz**“ (Drs. 16/3776) und den „**Vierten Bericht der Bundesregierung über den Anteil von Frauen in wesentlichen Gremien im Einflussbereich des Bundes**“ (16/4385) beraten sowie den Antrag der Koalitionsfraktionen „**Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken**“ (16/4558, 16/5689) beschlossen.

Der vorliegende Erste Erfahrungsbericht umfasst den Berichtszeitraum vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2004. Im Abstand von vier Jahren sieht das Gesetz einen Bericht über die Situation der Frauen im Vergleich zu den Männern in der Bundesverwaltung vor. Im untersuchten Zeitraum liegt der Frauenanteil in den Dienststellen der Bundesverwaltung bei etwa 45 Prozent. Nach wie vor aber gilt: Je höher die Hierarchieebene, desto geringer der Frauenanteil. Die Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, die noch bestehenden Umsetzungsdefizite zu beseitigen, habe Priorität vor Änderungen des Bundesgleichstellungsgesetzes.

Im Bericht zum Bundesgremienbesetzungsgesetz sieht die Bundesregierung das Ziel des Gesetzes, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien zu schaffen, noch nicht erreicht. Konsequenterweise müsse daher das Bundesgleichstellungsgesetz angewendet werden, und es sei zu prüfen, ob die Verknüpfung eines Gremiensitzes mit einer bestimmten Hierarchiestufe immer zwingend erforderlich sei.

Der Antrag der Regierungsfractionen zielt auf die konsequente Umsetzung der freiwilligen Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, um eine steigende Anzahl Frauen in Führungspositionen zu erreichen. Unternehmen sollen zu flexiblen Arbeitszeitmodellen angehalten werden, um Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, und zudem aufgefordert werden, gezielt Migrantinnen, ältere Arbeitnehmerinnen und Frauen mit Behinderung einzustellen.

BAföG - Erhöhung

Ende des letzten Jahres hat der Bundestag in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Zweiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (22. BAföGÄndG) (Drs. 16/5172, 16/7214) beschlossen.

Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion

Das BAföG wird erhöht. Das ist ein sozialdemokratischer Erfolg, auf den die SPD-Bundestagsfraktion mit Recht stolz ist. Dies konnte die SPD-Bundestagsfraktion nach fast einem Jahr gegen den Widerstand der Union durchsetzen. Denn noch 2005 im Wahlkampf wollte die amtierende Bundesbildungsministerin Schavan das BAföG abschaffen.

Die Gesetzesänderung sieht nun vor, dass zum Wintersemester 2008/09 die Bedarfssätze um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent erhöht werden. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro. Dies ist etwa auch der Bedarf, wie er im 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung ausgewiesen ist. In Fortschreibung der positiven BAföG-Politik der rot-grünen Bundesregierung kann mit der jetzigen Novelle das BAföG ab 2008/09 wieder seiner zentralen Aufgabe besser gerecht werden, nämlich die Lebenshaltungskosten in der weiterführenden Ausbildung für junge Menschen aus sozial schwachen Familien zu decken. Da die Fördersätze in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, dem so genannten Meister-Bafög, an das BAföG gekoppelt sind, werden diese ebenfalls entsprechend angehoben. Fast noch wichtiger als die Bedarfssätze, ist aber die erreichte Erhöhung der Freibeträge. Denn diese erhöht im Effekt die Einkommensgrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Nach Inkrafttreten werden damit viele junge Menschen einen BAföG-Anspruch erhalten, die diesen heute nicht haben.

Weitere wichtige Verbesserungen

Unter anderem führt die Novelle erstmals einen Betreuungszuschlag für BAföG-Empfänger mit Kindern ein. Studierende erhalten für das erste Kind 113 Euro, für jedes weitere Kind je 85 Euro zusätzliches BAföG.



Fraktion A - Z

Hier findet ihr im Internet Infos zu aktuellen Fraktionsthemen. Wir können Euch die Texte auch gerne im Bürgerbüro ausdrucken:

Zahldauer von ALG I für Ältere verlängert
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9074.00.pdf

Mehr Bafög - mehr Chancengleichheit
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9076.00.pdf

Thema: Finanzen - Reform der Erbschaftsteuer
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9304.00.pdf

Frauen auf dem Arbeitsmarkt stärken
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9232.00.pdf

Änderung des Gentechnikrechts
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9230.00.pdf

Gleiche Lebenschancen für jedes Kind
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9238.00.pdf

Schritt für Schritt zum Mindestlohn
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9234.00.pdf

Pflegereform im Gesetzgebungsverfahren
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9073.00.pdf

Post-Mindestlohn
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0..42662.00.html

Wohngeldanpassung ist überfällig
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9303.00.pdf

Reformen für die Zeitarbeitsbranche
http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0..9301.00.pdf

Reden

Reden in den letzten Monaten:

- 22.06.07** Antrag Klimawandel global und effizient eindämmen - Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen
- 05.07.07** Aktuelle Stunde zu den Ergebnissen des 3. Energiegipfels der Bundesregierung
- 29.11.07** Haushaltsberatung Einzelplan 16 - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 17.01.08** Abgabe einer Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Klimagipfels auf Bali
- 23.01.08** Aktuelle Stunde: Energie- und Klimapaket der EU Kommission
- 21.02.08** Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien

Pressemitteilungen

Hier eine kleine Auswahl der Pressemitteilungen der letzten Wochen:

- Leiharbeit regeln (13.02.08)
- Wettbewerb Artenvielfalt (04.02.08)
- Verlängerung Arbeitslosengeld (25.01.08)
- Ausbildungsbonus (21.01.08)
- Nokia (16.01.08)
- Gute Arbeit (15.01.08)
- Klimakonferenz Bali (19.12.07)
- Mindestlohn und Glos (19.12.07)
- NRW-Umwelt-Tour 2007 (29.11.07)
- Strompreiserhöhungen (13.11.07)
- Diätendiskussion (08.11.07)
- Parteitag 02.11.07)
- ALG I (25.10.07)
- Wiederwahl zum umweltpolitischen Sprecher (09.10.07)

**Schwerpunkt
Arbeit**



**Gastbeitrag von Eberhard Weber
Vorsitzender des DGB Östliches
Ruhrgebiet**

**Gute Arbeit muss drin sein -
„Gute Arbeit“ als strategischer Ansatz!**

Mit dem Slogan „Hauptsache Arbeit! Sozial ist was Arbeit schafft!“ versuchen konservativ-liberale politische Kräfte in unserem Land Qualitätsstandards von Arbeit, Arbeitsbedingungen und gesetzliche Schutzniveaus zu deregulieren. Die Folge: die berechtigten Ansprüche der Menschen, die Arbeit haben oder in Arbeit wollen, werden weiter abgesenkt. Kurzfristökonomie sowie ein Kostensenkungswettbewerb lassen die Qualität der Arbeit zunehmend zu einer Restgröße schrumpfen. Symptomatisch hierfür sind die aktuellen Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerungen.

In den vergangenen Jahren haben sich die Arbeits- und Leistungsbedingungen auch durch Ausdehnung der realen Arbeitszeiten erheblich verschärft, so dass sie vor allem für alternde Belegschaften immer schwerer zumutbar sind. Vorgaben und Arbeitstakte werden verkürzt sowie Ansätze zur humanen Arbeitsgestaltung wieder zurückgefahren. Prekäre Arbeit in Form befristeter Verträge und Leiharbeitsverhältnisse, Mini-Jobs weiten sich – politisch gefördert – aus. Praktisch sämtliche Marktrisiken sollen auf die Beschäftigten übertragen werden. Die Maßlosigkeit einer Shareholder-Ökonomie führt damit zu einer Maßlosigkeit der Arbeitsanforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist eine neue und andere Qualität der Arbeitspolitik gefordert. Eine Arbeitspolitik, die „Gute Arbeit“ in den Mittelpunkt stellt. Zum Maßstab guter Arbeit gehören die Leistungsfähigkeit, die Zeitbedürfnisse und

das Wohlbefinden der Arbeitnehmer. Es geht um den nachhaltigen Umgang mit dem menschlichen Arbeitsvermögen, um persönlichkeits- und beschäftigungsfördernde Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsangebote. Ein Leitbild von guter Arbeit wird die neuen Prekariierungsprozesse berücksichtigen müssen, ebenso wie die unterschiedlichen Erwerbs- und Lebensentwürfe von Frauen und Männern.

„Gute Arbeit“ bezieht sich zunächst auf drei zentrale Handlungsfelder:

- Zunächst geht es um konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz, im Betrieb und Verwaltung. In den meisten Unternehmen gibt es heute noch nicht einmal eine umfassende Gefährdungsbeurteilung.

- Es gilt das Feld einer „altersgerechten und lernförderlichen Gestaltung der Arbeit“ verstärkt aufzunehmen, der demografische Wandel ist betriebspolitisch zu bearbeiten.

- Die vielfältigen prekären Beschäftigungsverhältnisse mit ihren zusätzlichen Belastungen und Risiken sind einzudämmen - allein schon, um Spaltungen zwischen Stammbeschafteten und unsicher beschäftigten Arbeitnehmern zu verhindern.

Die Mitgliedsgewerkschaften, der DGB insgesamt werden das Thema „Gute Arbeit“, die Qualität der Arbeit zu einem gesellschaftspolitischen Thema machen. „Gute Arbeit“ ist ein „Widerstandskonzept“, um schlechter Arbeit Grenzen zu setzen, um die Anpassungsspirale von Standards guter Arbeit nach unten zu stoppen. Gleichermaßen aber auch ein Zukunfts- und Innovationskonzept. Gute Arbeit ist ein unverzichtbarer Baustein für Innovation und Zukunftsfähigkeit.

Nähere Informationen unter anderem unter:

www.region-oestliches-ruhrgebiet.dgb.de

www.dgb-index-gute-arbeit.de

**Schwerpunkt
Arbeit**



**Gastbeitrag von Olaf Scholz,
Bundesminister für Arbeit und
Soziales**

Wir verbessern die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz. Mit dem Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ helfen wir Jugendlichen dabei, einen Einstieg in Ausbildung und Beruf zu finden. Sie sollen frühzeitig bei der beruflichen Eingliederung begleitet und noch intensiver beraten werden. Wir wollen außerdem bis 2010 rund 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerber schaffen. Das Konzept ist als Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung am 9. Januar 2008 vom Kabinett beschlossen worden. Den Anstoß dazu haben im vergangenen Jahr die Koalitionsfraktionen gegeben.

Die zusätzlichen Anstrengungen sind nötig: Der Ausbildungsmarkt entwickelt sich zwar weiterhin positiv und die Zahl der Ausbildungsverträge steigt (8,6% mehr als im Vorjahreszeitraum), aber es gibt Handlungsbedarf: Die Zahl der Ausbildungsplätze muss noch stärker steigen. Und die Zahl der Altbewerber muss endlich deutlich sinken. Vor acht Jahren waren 40% der gemeldeten Bewerber sogenannte Altbewerber, die sich zum wiederholten Male um einen Ausbildungsplatz bemühen. Heute sind es bereits mehr als die Hälfte (52,4%). Viele junge Menschen stecken in der Wartschleife. Wir helfen ihnen jetzt verstärkt, dort wieder herauszukommen. Das ist gut für die Betroffenen, weil sie wieder Perspektive haben. Und das ist gut für unsere Wirtschaft, weil wir so junge Fachkräfte fördern.

Wir wollen Altbewerber fördern, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen oder bereits seit mehr als zwei Jahren vergeblich auf

der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind oder individuell benachteiligt sind. Für diese jungen Menschen war es in der Vergangenheit besonders schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden. Um Altbewerbern neue Chancen auf betriebliche Ausbildung zu eröffnen, sollen Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und diese mit besonders förderbedürftigen Altbewerbern besetzen, einen Ausbildungsbonus erhalten. Ein Ausbildungsplatz wird zusätzlich bereitgestellt, wenn der ausbildende Betrieb durch den neu abgeschlossenen Ausbildungsvertrag am 31. Dezember des Jahres des Ausbildungsbeginns mehr Auszubildende beschäftigt, als im vorausgehenden Drei-Jahres-Durchschnitt. Die besondere Förderung soll nicht zu Lasten anderer Ausbildungsbewerber erfolgen. Daher ist die Förderung auch an das Merkmal der Zusätzlichkeit geknüpft. Und es ist auch keine Abgabe, sondern ein Bonus.

Die Höhe des Ausbildungsbonus richtet sich nach der Höhe der monatlichen Bruttoausbildungsvergütung des Jugendlichen. Bei Vergütungen unter 500 Euro monatlich beträgt der Ausbildungsbonus 4.000 Euro, bei monatlichen Ausbildungsvergütungen zwischen 500 und 750 Euro wird ein Ausbildungsbonus in Höhe von 5.000 Euro gezahlt und bei Vergütungen über 750 Euro beträgt der Ausbildungsbonus 6.000 Euro. Der Ausbildungsbonus ist ein einmaliger pauschaler Zuschuss, der unkompliziert und unbürokratisch in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll. Die Finanzierung soll ausschließlich aus dem BA-Haushalt erfolgen. Gefördert werden können ausschließlich betriebliche Berufsausbildungen, die in einem nach dem Berufsbildungsgesetz, der Handwerksordnung oder dem Seemannsgesetz staatlich anerkannten Ausbildungsberuf durchgeführt werden. Die Förderung steht auch Ausbildungsverbänden unter Beteiligung von überbetrieblichen oder sonstigen wirtschaftsnahen Bildungseinrichtungen offen. Die Zahl der geförderten Fälle wird nicht festgelegt. Der Ausbildungsbeginn muss bis zum 31. Dezember 2010 erfolgen.

Das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ verbessert die Chancen der Altbewerber und gibt Ihnen damit eine wichtige Zukunftsperspektive. Das ist gut für die jungen Menschen in unserem Land, denen wir signalisieren: Ihr werdet gebraucht. Ihr bekommt die Chance zum Einstieg ins Berufsleben.



D o r t m u n d

Thema Leiharbeit

Zeitarbeit bzw. Leiharbeit ist von seinem Ursprung her ein Instrument um kurzfristige Auftragspitzen eines Unternehmens abzudecken.

Während der Rot/Grünen Bundesregierung wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) grundlegend verändert. Diese Neuerungen sollten die verstärkte Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt fördern.

Die Leiharbeitsbranche boomt. 2004 waren zwar nur 1,04% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem Zeitarbeitsunternehmen tätig. Rund die Hälfte aller neuen Stellen aber, die im vergangenen Jahr geschaffen wurden, entstanden in der Leiharbeitsbranche. In Dortmund stieg die Zahl der Leiharbeiter von 2433 (Jahr 2003) Personen auf 3334 (Jahr 2005) Personen an.

Erste Studien weisen daraufhin, dass es eine Tendenz gibt, dass manche Arbeitgeber durch Leiharbeit bestehende Jobs in einer Firma ersetzen. In manchen Betrieben liegt der Anteil der Leiharbeiter mittlerweile bei über einem Drittel der Beschäftigten.

Gleichzeitig zeichnet sich die Entwicklung einer zweiklassen Arbeitnehmerschaft ab: die Vollzeitbeschäftigten mit einem existenzsichernden Einkommen und die Leiharbeiter, mit äußerst geringem Verdienst und ständig wechselnden Arbeitgebern.

Aufgrund des ausbleibenden Klebeffekts für Arbeitssuchende (der laut IAB gerade bei 13% liegt), der Entstehung einer Zweiklassen-Arbeitnehmerschaft, des Anstiegens der Zahl der so genannten „Aufstocker“ und des Missbrauchs von Leiharbeit durch Unternehmen sind dringende Reformen notwendig.

Der Unterbezirksparteitag hat daher auf meinen Antrag hin im Februar den Unterbezirksvorstand und den Arbeitskreis Zukunft der Arbeit aufgefordert, sich in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

B ü l o w u n t e r w e g s

Marco Bülow auf Neujahrsempfang des Bundesverbands Erneuerbarer Energien

Anfang des Jahres fand in Berlin der Neujahrsempfang des Bundesverbands Erneuerbarer Energien (BEE) statt. Marco Bülow sprach im Namen der SPD-Bundestagsfraktion bei diesem Empfang vor 800 Gästen.

Marco Bülow lobte in seiner Funktion als Umweltsprecher der SPD-Bundestagsfraktion die Arbeit der Erneuerbaren Energien Branche. Mit einem Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von über 14 Prozent hat Deutschland mittlerweile das europäische Ausbauziel für 2010 bereits heute deutlich überschritten. Mit ihren etwa 250.000 Beschäftigten in den Bereichen Wärme und Mobilität ist die Branche eine große Erfolgsgeschichte. Zudem haben die Unternehmen bereits erklärt in den nächsten zwei Jahren 5.000 Ausbildungsplätze zu schaffen.



Ein großer Schwerpunkt der parlamentarischen Arbeit wird dieses Jahr das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, sowie die Weiterentwicklung der Biokraftstoffstrategie sein. „Die SPD will den Weg in eine Erneuerbare Zukunft weiter fortsetzen“, so Bülow in seiner Rede. „Wir glauben, dass die Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien einen Anteil von über 20 Prozent bis zum Jahr 2020 am gesamten deutschen Verbrauch von Wärme, Kraftstoffen und Strom schaffen werden. Das wäre ein wichtiger Schritt in einer zukunftsorientierten Energiepolitik.“ Der Neujahrsempfang des Bundesverbands Erneuerbarer Energien dient dem Austausch zwischen Politik und Wirtschaft und der Erneuerbaren Energien Branche.



B ü l o w u n t e r w e g s

NRW-Umwelt-Tour der SPD war erfolgreich

Mit dem umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow und seiner Kollegin im nordrhein-westfälischen Landtag Svenja Schulze fand die erste NRW-Umwelt-Tour der SPD statt. Diese Veranstaltung, bei der sich Abgeordnete aus Bund und NRW über umwelt- und energiepolitische Themen vor Ort informieren, soll in Zukunft zu einer jährlichen Einrichtung der Umweltpolitiker werden.

Auftakt der Tour war der Besuch der Dortmunder Biodieseltankstelle AVIA. AVIA ist mit 800 Stationen einer der größten Tankstellenbetreiber in Deutschland und führte jetzt einen neuen CO₂-optimierten Kraftstoff an sechs Stationen in Dortmund ein. Durch diesen Kraftstoff kann man die CO₂-Emission um ca. 15 Gramm pro Kilometer reduzieren.



Die zweite Station der Politiker bildete ein Geothermie-Workshop im Bochumer Rathaus. Neben der Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum, Otilie Scholz, zahlreichen SPD-Landtagsabgeordneten, diskutierten auch SPD-Bundestagsabgeordnete und Vertreter der Bochumer Wirtschaftsförderung mit. Ein interessanter Aspekt in der Diskussion war die mögliche Nutzung von ehemaligen Zechen im Ruhrgebiet für die Geothermie. Das mögliche Auslaufen der Kohleförderung biete bereits jetzt die Möglichkeit zu überlegen, inwieweit diese Areale für die Geothermie genutzt werden könnten.

Letzter Anlaufpunkt der Umwelt-Tour war das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie. Dort sprachen die Umweltpolitiker und der örtliche Bundestagsabgeordnete Manfred Zöllmer mit den Leitern des Instituts, u. a. mit dem Präsidenten Dr. Peter Hennicke, über das wichtige Thema der Energieeffizienz.

B ü l o w u n t e r w e g s

Marco Bülow referiert bei der BITKOM

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) hat mit dem Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt die Jahreskonferenz Klimaschutz und Ressourceneffizienz veranstaltet, die sich dem Thema „Herausforderungen und Marktchancen für die Informationswirtschaft und Telekommunikation (ITK)“ widmete. Marco Bülow hat hierbei gemeinsam mit weiteren Bundestagsabgeordneten an einer Podiumsdiskussion teilgenommen.



In der Diskussion wurde deutlich, dass der wachsende Stromverbrauch der ITK (mittlerweile bei ca. acht Prozent des gesamten Stromverbrauchs) das Klima immer stärker belastet. 2004 entsprach der ITK-bezogene Stromverbrauch einschließlich der Unterhaltungselektronik in Deutschland über 28 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß. Bülow betonte vor den ca. 100 Zuhörern wie dringend es sei, dass mehr Transparenz für die Konsumenten geschaffen werde. So sollte z. B. nicht nur auf den normalen Stromverbrauch, sondern auch immer auf den Standby-Verbrauch hingewiesen werden. Generell sollte man bei Neuanschaffungen stets darauf achten, dass man das Altgerät durch ein energieeffizienteres Gerät ersetzt. Marco Bülow sprach sich des Weiteren für ein Top-Runner-Programm aus, d. h. dass der Verbrauch des effizientesten Gerätes einer Warengruppe den Standard für die Branche setzt, der dann innerhalb von einigen Jahren von allen anderen Geräten erreicht werden muss.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Dieser Artikel von Marco Bülow ist etwas gekürzt und wird in der Maiausgabe der DEMO erscheinen.

Das Thema Klimaschutz ist innerhalb kürzester Zeit auf der Prioritätenliste der internationalen Politik von ganz unten nach ganz oben katapultiert worden. Die Datenlage zur Erderwärmung wurde zu erdrückend und spätestens mit den Berichten des UN-Klimarates (IPCC - International Panel of Climate Change) im vergangenen Jahr lässt sich die Bedrohung nicht mehr ignorieren. Es wird zudem immer offensichtlicher, dass der Klimawandel nicht nur die Wissenschaft und Umweltpolitik beschäftigt, sondern immer mehr zu einer ökonomischen und sozialen Herausforderung für uns alle wird. Mit dem so genannten „Sternreport“ hat der ehemalige Chefökonom der Weltbank Nicholas Stern der Welt vorgerechnet, wie teuer es uns zu stehen kommt, wenn wir unsere Klimaschutzaktivitäten nicht schleunigst immens steigern.

Jetzt geht es „nur“ noch darum, den längst begonnenen Klimawandel und die damit verbundenen verheerenden Folgen für Menschen, Gesellschaft und Wirtschaft zu begrenzen. (...) Auch national muss das Thema soziale Gerechtigkeit stärker in den Fokus der Klimadiskussion rücken, allerdings nicht so eindimensional, wie die Debatte bisher geführt wird. Im Augenblick kreisen die Sorgen darum, wie teuer der ganze Klimaschutz wird und wie schlimm es ist, dass die Energiepreise steigen. Beide Aspekte sind nicht zu vernachlässigen. Die Diskussion dazu greift allerdings viel zu kurz. Die Kosten für unterlassenen Klimaschutz werden ungleich höher und die steigenden Energiepreise haben ja gerade auch eine Menge mit unserer falschen manifestierten Energiepolitik zu tun. In Deutschland werden die Menschen durch den Klimawandel und die Klimaschutzpolitik unterschiedlich betroffen sein. Es ist also absehbar, dass die Folgen des Klimawandels zu einer Verschärfung der sozialen Unterschiede führen werden. Damit muss sich die Politik auseinandersetzen. Nach den Naturwissenschaftlern sollten nun auch die Sozial- und Kulturwissenschaftler das Thema stärker untersuchen.

Die Verknappung von fossilen Energierohstoffen und die Notwendigkeit, eine engagierte Kli-

maschutzpolitik zu betreiben, führen zu weiteren Energiepreissteigerungen und Kosten, welche die Menschen unterschiedlich belasten werden. Klimaschutzmaßnahmen, die zu einer Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils der Erneuerbaren Energien führen, bringen auf der anderen Seite nachhaltige ökonomische Vorteile und Entlastungen. Sozialdemokraten sollten dafür sorgen, dass Klimaschutzkosten und die Folgen der Erderwärmung keine neuen sozialen Trennlinien schaffen und sich bestehende soziale Ungleichheiten nicht noch weiter vertiefen. Die entscheidenden Fragestellungen hierbei sind:

- Wie können Menschen und Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Lebensqualität zu verbessern ohne den Energiebedarf und damit auch die Energiekosten für die Menschen zu steigern?
- Wie kann der Staat z.B. Kommunen und Stadtwerke unterstützen, Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Strom- und Wärmebereich stärker zu verbreiten?
- Wie können weitere Energiepreisanstiege sozial abgefedert werden, ohne den Klimaschutz zu gefährden? Wo und wie sollten sozial schwächere Familien entlastet oder gefördert werden? Wer sorgt für diesen Ausgleich und wer wird dafür stärker belastet?

Vor Schnellschüssen muss gewarnt werden. Nicht alles was sich im ersten Augenblick sozial und logisch anhört, wird auch langfristig die Menschen gerecht entlasten. Denn auch die Veränderungen des Klimas in Deutschland, die Zunahme von extremen Wetterereignissen wie Hitze, Dürren, etc. werden die Bevölkerungsgruppen in Deutschland unterschiedlich hart treffen. Eine wissenschaftliche Analyse und fundierte Aussagen über die gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland fehlen leider bisher. Diese Lücke muss schleunigst geschlossen werden. Wenn wir eine sozial gerechte Gesellschaft in Deutschland schaffen wollen, ist eine langfristig angelegte Politik unerlässlich. Das Risiko einer sozialen Verelendungsspirale, die durch Klimawandel und Energiekostenanstieg bei bestimmten sozialen Schichten und Kommunen eintreten kann, muss verhindert werden. Gleichzeitig kann durch richtige Fördermaßnahmen und Gesetze die Chance ergriffen werden, die bestehende Infrastruktur (vom Gebäudebereich bis zu Energieversorgung und -nutzung) zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen. Wir haben es selbst in der Hand, die soziale Balance mit dem notwendigen Klimaschutz in Einklang zu bringen.